

DIE ZEIT

"Pakistan ist nicht der Gazastreifen"

Präsident Musharraf kämpft um sein politisches Überleben. Eine Machtübernahme der Islamisten ist dennoch unwahrscheinlich. Ein Interview mit Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik

ZEIT online: Neigt sich Musharrafs Zeit dem Ende zu?

Christian Wagner: Zunächst hat Musharraf die Machtprobe mit dem Obersten Gericht gewonnen. Langfristig oder mittelfristig stellt sich allerdings die Frage, ob er damit seine Position nicht doch eher geschwächt hat. Vor allem angesichts der Demonstrationen im eigenen Land, des Drucks aus dem Ausland und möglicherweise auch aus der Armee.

ZEIT online: War die Ausrufung des Ausnahmezustands aus Musharrafs Sicht unumgänglich?

Wagner: Der Ausnahmezustand wird ihm vordergründig helfen – zunächst. Er kann erstmal an der Macht bleiben. Wenn die Proteste sich in den nächsten Tagen aber ausbreiten, wenn Oppositionsführerin Benazir Bhutto wirklich zu Massendemonstrationen aufruft, wird der Druck auf Musharraf zunehmen. Das wiederum wird innerhalb der Armee eine Diskussion auslösen, ob er noch der richtige Mann ist, um diese Krise zu bewältigen.

ZEIT online: Gerüchte kamen bereits auf, dass sich die Armee gegen ihren Oberbefehlshaber gewandt habe. Halten Sie das für realistisch?

Wagner: Durchaus. Die pakistanische Armee führt einen auch in den eigenen Reihen nicht sehr beliebten Krieg gegen die Islamisten im Grenzgebiet zu Afghanistan. Wenn sie zudem noch sehr viel stärker gegen die protestierende Zivilbevölkerung und die politischen Parteien vorgehen müsste, wird es schwierig. Diesbezüglich gibt es starke Vorbehalte innerhalb der Streitkräfte.

ZEIT online: Wird Musharrafs politische Konkurrentin Benazir Bhutto aus der Krise gestärkt hervorgehen?

Wagner: Frau Bhutto hat durch die derzeitige Situation wieder an Einfluss gewonnen. Sie könnte jetzt ihre Anhänger gegen den Ausnahmezustand mobilisieren und damit auch die Kontrolle über ihre Partei, die PPP, wieder vergrößern. Schließlich gab es in den eigenen Reihen sehr viel Unzufriedenheit über ihre Annäherung an Musharraf. Sollte sie jetzt deutlich in Opposition gehen, wird sie sicher wieder an Ansehen gewinnen.

Es bleibt aber abzuwarten, ob sie auch die anderen Oppositionsparteien auf ihre Seite ziehen kann. Bereits im Juli gab es den Versuch, eine gemeinsame Front zu schmieden – das ist allerdings bislang nicht wirklich in Gang gekommen. Die andere Möglichkeit für sie besteht weiterhin darin, mit Musharraf zu verhandeln und so vielleicht auch auf dem politischen Weg eine Rücknahme des Ausnahmezustands zu erreichen.

ZEIT online: Wie reagieren die Amerikaner? Schließlich gilt Pakistan als „Frontstaat gegen den Terrorismus“?

Wagner: Aus den USA kommen sehr kritische Stimmen. Gleichzeitig versuchen sie, den von ihnen geförderten Deal zwischen Bhutto und Musharraf weiter voranzutreiben. Außenministerin Rice hat die Aufhebung des Ausnahmezustands gefordert. Zudem soll Musharraf sein Amt als Armeeeoberbefehlshaber am 15. November niederlegen und die Parlamentswahlen im Januar durchführen lassen, wie dies ursprünglich geplant war.

Schwierig wird es werden, weil es voraussichtlich zu Sanktionen kommen wird, die dann den wirtschaftlichen und politischen Bereich betreffen. Die Amerikaner sind hier in einem Dilemma, weil sie die militärische Zusammenarbeit mit den Pakistanern nicht allzu sehr beeinträchtigen können. Die pakistanischen Streitkräfte befinden sich in einem Krieg mit den islamistischen Gruppen.

ZEIT online: Würde man hier die Sanktionen zu weit treiben, würde es direkt die Islamisten stärken?

Wagner: Das bliebe abzuwarten. Die USA sind sehr unbeliebt in Pakistan, aber die Sanktionen würden ja auch von größeren Teilen der internationalen Gemeinschaft getragen und nicht nur von den Amerikanern. Die Holländer haben bereits angekündigt, ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit einzustellen – aber das wird natürlich nur die ärmeren Schichten treffen. Das Militär wird man da zunächst nicht treffen. Vielleicht käme es zu einer weiteren Zunahme der Demonstrationen, dann würde auch so der Druck auf Musharraf erhöht.

ZEIT online: Ist die Machtübernahme der Islamisten im Bereich des Möglichen?

Wagner: Pakistan ist nicht der Gazastreifen. Die Islamisten haben im Land politisch eigentlich keine Mehrheit. Die Hochburgen der Islamisten liegen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, besonders unter den Paschtunen. Die Paschtunen selbst machen aber nur 15 bis 20 Prozent der pakistanischen Bevölkerung aus. In der Vergangenheit bekamen die religiösen Parteien bei Wahlen nur vier bis fünf Prozent der Stimmen, bei der letzten Wahl 2002 hat eine Allianz aus sechs religiösen Parteien zum ersten Mal zwölf Prozent der Stimmen für sich gewinnen können. Mehr scheint aber an Wählerpotenzial nicht vorhanden zu sein. Ich sehe also nicht, dass es eine politische Mehrheit dafür gibt, dass die Islamisten eine demokratische Machtübernahme erreichen würden.

ZEIT online: Die regionale Gefahr, die von den pakistanischen Islamisten ausgeht, ist also gering?

Wagner: In einzelnen Regionen ist der Islamismus durchaus ein Problem. Besonders im Grenzgebiet zu Afghanistan, wo sich die Mehrheitsgebiete der Paschtunen befinden, haben die Islamisten einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung. Aber in den großen Flächenstaaten des Landes, in Panjab oder im Sindh, der Heimat von Benazir Bhutto, haben sie keine breite Grundlage.

ZEIT online: Mit Blick auf die nächsten Tage und Wochen: Wie sieht das schlechteste Szenario aus?

Wagner: Im schlimmsten Fall würde die Gewalt auf der Straße zunehmen und zu einer Spaltung der Armee führen, zwischen einem Pro- und einem Anti-Musharraf Flügel. Ich sehe aber nicht, dass eine Spaltung in einen islamistischen Flügel der Armee und einen nicht-islamistischen möglich wäre. Vieles würde sich an die Person Musharraf binden.

ZEIT online: ...und das beste?

Wagner: Das bestmögliche Szenario wäre die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes, Musharraf tritt als Armee-Oberbefehlshaber zurück und lässt sein Präsidentenamt ruhen. Danach finden demokratische Wahlen statt, und anschließend wählt das Parlament den neuen Präsidenten.

Christian Wagner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik und befasst sich mit der Außen-und Sicherheitspolitik in Pakistan

Die Fragen stellte **Wiebke Eden-Fleig**